



# Schützenveteranen - Verband Kanton Schwyz

**Fredy Züger**  
055 440 27 91

**Präsident**  
079 347 55 54

**Gramattstrasse 18**  
fj.zueger@bluewin.ch

**8862 Schübelbach**  
www.svvs.ch

Bundesamt für Polizei  
Stab/Rechtsdienst  
Nussbaumstrasse 29  
**3003 Bern**

Schübelbach, 30. Dezember 2017 zü

## **«Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie»: Vernehmlassungsantwort vom Schützenveteranen-Verband des Kantons Schwyz**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Veröffentlichung am 29. September 2017 hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes die Öffentlichkeit eingeladen, Stellung zu nehmen zum Vorentwurf zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend der Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie 91/477/EWG (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands). Wir nutzen diese Gelegenheit wie folgt gerne.

---

### **Über uns**

Der Schützenveteranen-Verband Kanton Schwyz (SVVS), gegründet 1910, ist ein Verein im Sinne von Artikel 60 ff des Zivilgesetzbuches. Er ist ein Zusammenschluss aller Kantonalen Schützenveteranen der Distanzen Gewehr 300m sowie Pistole 50/25/10m und zählt zurzeit rund 750 Mitglieder ab dem 60. Altersjahr.

Er bezweckt die Förderung der aktiven Schiesstätigkeit der Schützenveteranen bis ins hohe Alter. Die Pflege guter Schützenkameradschaft sowie der Zusammenhalt auch ausserhalb des Schiessstandes sind uns ein besonders Anliegen. Der SVVS steht für eine glaubwürdige Landesverteidigung und die Erhaltung des freiwilligen Schiesswesens ein.

Getreu unserem Motto: "Uns zur Freude – der Jugend zum Vorbild", unterstützen wir aktiv und finanziell die Nachwuchsförderung im sportlichen Schiessen. Einzigartig in seiner Art und Durchführung ist der jährliche JU+VE Final, in welchem sich Veteranen mit dem Schützennachwuchs unter 21 Jahren in einem gemeinsamen Wettkampf messen.

Unsere weiteren Aktivitäten umfassen verschiedene Schiesswettkämpfe für Veteranen mit dem Höhepunkt eines Eidgenössischen Schützenfestes für Veteranen, das alle 3 bis 5 Jahre stattfindet. Gesellschaftliche Aktivitäten sorgen für den Kontakt über das ganze Jahr, vor allem zu Veteranen, welche aus irgendwelchen Gründen den Schiesssport nicht mehr ausüben können.

---

## Veranlassung

---

Am 29. September 2017 präsentierte das Fedpol den Entwurf zur Revision des Schweizer Waffengesetzes und unterstrich auch bei dieser Gelegenheit, es handele sich um eine «pragmatische Umsetzung» der «Firearms Directive» (Richtlinie 91/477/EWG). Dieser Einschätzung können wir nicht im Geringsten beipflichten. Die Umsetzung ist überhaupt nicht «pragmatisch».

Im Gegenteil: Sie erfolgt ohne ersichtlichen Grund und Zweck, sie ist überdimensioniert konzipiert und mit offensichtlich mangelndem Sachverstand formuliert und so im Alltag weder von Waffenbesitzern noch durch die Kantone umsetzbar. Der Vorentwurf ist derart unpräzise, dass sich ein Wust neuer Verordnungen und klärender Gerichtsentscheide abzeichnet. Weder das eine noch das andere kann im Interesse von Bund, Kantonen und Bürgern sein. Von den Waffenbesitzern in der Schweiz ganz zu schweigen.

Bei der EU-Feuerwaffenrichtlinie 91/477/EWG handelt sich um eine Richtlinie, und zielführende Aspekte daraus müssen in nationales Recht übernommen werden. Für den Schweizer Gesetzestext wurden nun aber – entgegen den Beteuerungen des Bundesrates – grundlos sämtliche der massivsten Verschärfungen übernommen.

Da die Schweizer Gesetzgebung in einigen Punkten (etwa Munitionssorten, Schalldämpfer, Messer) bereits heute restriktiver ist als in EU-Ländern, müsste die Schweiz nach Prüfung der EU-Waffenrichtlinie zum Schluss kommen, dass gegenüber dem heutigen Gesetz kein Anpassungsbedarf besteht. Wir verfügen bereits über ein präzises und bestens installiertes Waffengesetz gegen den Missbrauch von Schusswaffen. Eine weitere Verschärfung ist schlicht unverhältnismässig und erfolgt ausschliesslich auf Geheiss der EU.

Wir formulieren hiermit unsere vielfältigen Bedenken und fassen im Folgenden einige wesentliche Gründe zusammen, die gegen die Umsetzung des vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement ausgearbeiteten Vorentwurfes sprechen und danken für Ihre Kenntnisnahme.

---

## Die Rechtmässigkeit der EU-Feuerwaffenrichtlinie ist mehr als fraglich

---

Die Änderung der EU-Waffenrichtlinie bezweckt Verbesserungen im Kampf gegen den Terror. Jedoch ist in der EU die Terrorabwehr in der Zuständigkeit der Einzelstaaten, nicht bei der EU. Die Kommission ist also gar nicht dafür zuständig und hat hier ihre Kompetenzen klar überschritten. Wir bitten Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass etwa die Tschechische Republik gegen diesen und andere Aspekte im Zusammenhang mit der EU-Waffenrichtlinie am Europäischen Gerichtshof eine Klage eingereicht hat. Bevor die Schweiz ausländisches Recht «dynamisch» übernimmt, muss hundertprozentig sichergestellt sein, dass dieses Recht auch Gültigkeit besitzt – doch genau das scheint hier fraglich.

Der Absicht, den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, dient der neue Gesetzesentwurf in keiner Art und Weise und ist damit als unverhältnismässig zurückzuweisen, denn er ist somit nicht im Einklang mit der Bundesverfassung Art. 5 Abs. 2.

**Wegen offensichtlicher Unverhältnismässigkeit ist von einer Revision des Waffengesetzes abzusehen. Überhaupt muss der Bundesrat zuerst prüfen bzw. den Entscheid des EuGH abwarten, ob die EU-Waffenrichtlinie überhaupt als sicherheitspolitisches Instrument zur Terrorbekämpfung zur Anwendung kommen darf.**

---

## Die Schweiz darf das Waffengesetz nicht ändern

---

Die Schweiz verfügt bereits nachweislich über ein wirksames Waffengesetz, das den Anforderungen aus der EU-Waffenrichtlinie bereits mehr als entspricht. Somit genügt aus unserer Sicht die Genehmigung des Notenaustausches, Änderungen am Waffengesetz sind keine notwendig. Bei der Schengen-Abstimmung 2005 hat das Schweizer Volk die Feuerwaffenrichtlinie als «Mindestregeln gegen den Waffenmissbrauch» und als Massnahme zur Regulierung des grenzüberschreitenden

Verkehrs und Handels angenommen. Es liegt somit für die jetzige folgenschwere Gesetzesanpassung gar keine demokratische Legitimation vor.

Das Schweizer Volk hat 2005 dem Beitritt zu Schengen und Dublin im Wissen zugestimmt, dass die Befürchtung für «einschneidende Beschränkungen in unserem Waffenrecht» «unbegründet» sei. Das sind sie jetzt nachweislich nicht.

Die Anpassung des Schweizer Waffenrechts geschieht nicht im Einklang mit der Bundesverfassung zur Bekämpfung des Waffenmissbrauchs, sondern ohne die Vorlage von Fakten und ausschliesslich dem Diktat der EU folgend, was in einem sicherheitspolitisch sensiblen Bereich nicht toleriert werden kann.

**In Erwägung obiger Ausführungen sind auf EU-Geheiss keine Änderungen am Waffengesetz vorzunehmen.**

---

### **Der Gesetzesentwurf ist nur über den Verordnungsweg umsetzbar**

---

Der Präzisierungsgrad des Gesetzesentwurfes ist wie vorgelegt zu gering, so dass die eigentliche Verschärfung erst in der Verordnung (wobei hierfür die Grundlage im Gesetz fehlt) oder durch die Gerichte zu erwarten ist, damit wird die parlamentarische Gesetzgebung unterwandert und der verfassungsmässige Schutz vor Willkür nicht garantiert.

---

### **Artikel 4 schafft grosse Rechtsunsicherheit**

---

Ein wesentlicher Teil der Gesetzesanpassungen basiert auf einer **Unterscheidung zwischen Faust- und Handfeuerwaffen**, deren Definition nirgends verbindlich erbracht wird und auf die sogar bisher im eidg. Waffengesetz bewusst verzichtet wurde. Derart unverhältnismässige Gesetzesverschärfungen dürfen nicht auf einer unklaren bzw. längst überholten Definition abgestützt werden.

Es ist auf ein **Verbot bestimmter halbautomatischer Waffen** zu verzichten. Das Sturmgewehr 57 und das Sturmgewehr 90 sowie andere halbautomatische Gewehre und Pistolen mit mehr als 10 bzw. 20 Patronen Fassungsvermögen **dürfen nicht** von der heutigen Kategorie B (bewilligungspflichtige Waffen) in die Kategorie A (verbotene Waffen) verschoben und damit ausnahmbewilligungspflichtig werden. Diese Verschiebung ist der Beginn der Entwaffnung der privaten Waffenbesitzer und ein bürokratischer Unsinn.

Wenn das Sturmgewehr 57 und das Sturmgewehr 90 neu in die Kategorie der verbotenen Waffen fallen, werden hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern, die im Besitz solcher Waffen sind, von einem Tag auf den andern von legalen Waffenbesitzern zu Haltern einer verbotenen Waffe. Es würde auch bedeuten, dass beim Erwerb eine Ausnahmbewilligung nötig wird, die vom Wohlwollen der kantonal ausstellenden Behörde abhängig ist und heute anerkannten Sammlern vorbehalten ist. Das ist inakzeptabel.

Die Umteilung von bisher nur bewilligungspflichtigen zu neu verbotenen und somit ausnahmbewilligungspflichtigen Waffen aufgrund eines **rechtlich nicht erfassten Magazins** widerspricht gängiger Praxis sowie gesundem Menschenverstand: Durch das Einsetzen eines bestimmten Magazins gilt die gesamte Waffe als verboten.

**Auf die Änderung von Art. 4 Abs. 2<sup>bis</sup> und 2<sup>ter</sup> ist aufgrund obiger Darlegungen komplett zu verzichten.**

---

### **Artikel 5 weckt bei Kantonen und Waffenbesitzern ein Bürokratiemonster**

---

Neu will das Schweizer Waffengesetz der EU-Waffenrichtlinie folgend bestimmte halbautomatische Zentralfeuerwaffen als verbotene Waffen definieren, die bisher der Kategorie B angehörten, also lediglich bewilligungspflichtig waren. Dazu zählen alle halbautomatischen Zentralfeuerwaffen, die mehr als 21 (Faustfeuerwaffen) und mehr als 11 Patronen (Handfeuerwaffen) ohne nachzuladen verschiessen können. Darüber hinaus auch alle Handfeuerwaffen, die auf eine Länge unter 60 cm ohne Werkzeug gekürzt werden können.

Bei eben diesen kürzbaren Handfeuerwaffen wurde beim Vorentwurf wohl «vergessen», die wichtige Formulierung «ohne Funktionseinbusse» aus der EU-Waffenrichtlinie in den Schweizer Gesetzestext zu übernehmen (Art. 5 Abs. 1 Bst. d). Die EU verlangt nämlich lediglich, dass nur halbautomatische Lang-Feuerwaffen in diese Kategorie fallen, die ohne Funktionseinbusse über den Schaff gekürzt werden können.

Der vorliegende Gesetzesentwurf wäre somit also eine markante Verschärfung gegenüber der EU-Vorlage, da in der Schweiz nun alle kürzbaren Halbautomaten in diese Kategorie fallen, ob sie nun im gekürzten Zustand funktionieren oder nicht. Das ist inakzeptabel – denn jede halbautomatische Waffe, bei welcher etwa der Lauf ohne Werkzeug gewechselt oder abgenommen (Take-down) werden kann, wäre somit künftig eine verbotene Waffe.

Die bereits erwähnte fehlende Definition von Hand- und Faustfeuerwaffe schafft indes noch grössere Probleme bei der Umsetzung. Wie soll der Gesetzgeber, die Polizei oder der Waffenbesitzer selbst wissen, ob es sich bei seinem Waffentyp bzw. bei seiner Waffenkonfiguration eindeutig um eine Hand- oder Faustfeuerwaffe handelt, wenn das Gesetz diese nicht definiert? Konkret entscheidet diese Unterscheidung aber im Einzelfall, ob ein Waffenbesitzer eine verbotene oder nur eine bewilligungspflichtige Waffe besitzt oder transportiert.

**Es ist schon verwunderlich, dass das EU-Parlament ein so unpräzises Richtlinienwerk verabschiedet hat. Beängstigend ist, dass es die Schweiz ohne Nachbesserung ins eigene Gesetz übernehmen will.**

Die Tatsache, dass die am weitesten verbreiteten halbautomatischen Feuerwaffen der Schweiz in ihrer bisher nur bewilligungspflichtigen Konfiguration neu dank der EU-Waffenrichtlinie zu verbotenen Waffen werden, wird dem Schiesswesen in der Schweiz mittel- und langfristig sehr schweren Schaden zuführen. **Wir wollen unter gar keinen Umständen, dass unseren verdienten Schützenveteranen, die seit Jahrzehnten z. B. mit dem Sturmgewehr 57 schiessen, nun plötzlich jegliches Vertrauen seitens des Staates entzogen wird.**

Allein der Begriff «verbotene Waffe» hat für potenzielle Schützen eine abschreckende Wirkung und das ist schädlich für die Schweizer Tradition des ausserdienstlichen bzw. des sportlichen Schiessens und widerspricht der Sportförderung gemäss Verfassung. Das Besitzen von Kategorie-A-Waffen war bisher ausgewiesenen Waffensammlern vorbehalten, und der Status eines Ausnahmewilligungsberechtigten kam einem «Ritterschlag» gleich.

**Der nun vorliegende Gesetzesentwurf bringt die nun jahrelang bestens funktionierende Ordnung zwischen Besitzern von meldepflichtigen Waffen (Jäger, Sportschützen), bewilligungspflichtigen Waffen (Freizeit- und Sportschützen) und ausnahmewilligungspflichtigen Waffen (Sammler) komplett durcheinander, was nach 2008 zu einer neuerlichen jahrelangen Rechtsunsicherheit führen würde.**

Würde der Artikel 5 wie vorgeschlagen umgesetzt, erfolgte zudem ein gefährlicher Paradigmenwechsel. Der unbescholtene Schweizer Bürger darf heute – also ohne revidierte EU-Waffenrichtlinie – unbeschränkt Munition und halbautomatische Waffen sein Eigentum nennen. Liegen jedoch berechnete Zweifel an der Zuverlässigkeit des Waffenbesitzers vor, werden die Waffen unverzüglich und auf unbestimmte Zeit von der Polizei beschlagnahmt. So kann die Kurzzusammenfassung des heutigen, tatsächlich pragmatischen Schweizer Waffenrechts lauten.

Neu sollen Schweizer Bürger auf Verlangen der EU nur noch **ausnahmsweise** bestimmte halbautomatische Zentralfeuerwaffen besitzen dürfen. Die Ausnahme soll damit begründet werden, dass sie die Waffe sportlich auch wirklich einsetzen – Schweizer brauchen damit neu ein Bedürfnis für ihre Waffe zu Hause, also einen Nachweis, dass die Waffe auch wirklich eingesetzt wird. **Das frühere Besitzrecht wird neu zum Ausnahmerecht** – dem Diktat einer demokratisch nicht legitimierte Macht folgend. Das darf in einem demokratischen Rechtsstaat nicht akzeptiert werden.

**Aufgrund dieser Ausführungen ist Art. 5 Abs. 1 Bst. c und d nicht ins Schweizer Waffengesetz zu übernehmen, der bisherige Abs. 6 ist im Waffengesetz zu belassen.**

---

## **Keine Nachregistrierung durch die EU-Hintertür**

---

Mit der Bestätigungspflicht (Art. 31 Abs. 2<sup>bis</sup>) von neu verbotenen Waffen wird eine Nachregistrierungspflicht unter anderem Namen eingeführt. Diese hat das Volk bereits 2011 und 2013 und das Parlament 2015 abgelehnt. Der Wille von Volk und Parlament wird somit klar übergangen. Zudem fehlt weiterhin jeder Beleg, dass eine Nachregistrierung hunderttausender Schusswaffen einen Sicherheitsgewinn bringt, der zum administrativen bzw. finanziellen Aufwand in einem sinnvollen Verhältnis steht.

**Deshalb ist von einer Bestätigungspflicht auch weiterhin ohne Wenn und Aber abzusehen.**

---

## **Auch Vereinspflicht ist ein Vereinszwang**

---

Das EJPD definiert in Art. 28d Abs. 2 Bst. a und b, dass Personen, die eine halbautomatische Waffe mit Magazinen mit einem Fassungsvermögen von mehr als 10 (Handfeuerwaffen) bzw. mehr als 20 (Faustfeuerwaffen) besitzen wollen, Mitglied in einem Schiessverein sein müssen oder gegenüber den Behörden nachzuweisen haben, dass sie die Waffe regelmässig für das sportliche Schiessen nutzen.

Beides muss nach 5 und 10 Jahren erneut belegt werden. Wohlgermerkt: All dies ist nicht notwendig, wenn in die gleiche Waffe nur Magazine eingesetzt werden, deren Magazinkapazität unter 10 bzw. 20 Patronen liegen.

**Die Magazingrösse entscheidet also über die Auflagen, die vom Waffenbesitzer zu erfüllen sind.** Die Spannweite liegt zwischen keiner Auflage und einer nachzuweisenden Vereinsmitgliedschaft. Wegen der Magazinkapazität! Das ist für einen Gesetzestext schlicht zu unausgegoren. Weder die Schützenvereine noch private Schiessanlagenbetreiber können und wollen die Verantwortung über die korrekte Erfüllung der Schiesspflicht übernehmen, zumal unklar ist, was «Regelmässigkeit des sportlichen Schiessens» genau bedeutet.

Mit der Pflicht zum «regelmässigen sportlichen Schiessen» wird ein Bedürfnisnachweis eingeführt. Vor der Schengen-Abstimmung von 2005 wurde dem Stimmbürger versprochen: «Nach wie vor braucht es jedoch für den Erwerb einer Waffe keinen Bedürfnisnachweis.» - Zudem ist es für die Terrorbekämpfung unerheblich, wie gut ein Sportschütze schiessen kann, ausser die Sportschützen sollen selber die Terroristen bekämpfen.

Darüber hinaus führt die neue gesetzliche Pflicht zum regelmässigen Gebrauch der Waffe zu unnötig mehr privaten Waffen- und Munitionstransporten auf Strasse und Schiene.

**Die Bedingungen für den Waffenbesitz in der Schweiz sind im aktuellen Gesetz transparent und vor allem konsistent formuliert und sollen nicht geändert werden.**

---

## **Regelmässig wiederkehrende Gesetzesverschärfungen sind zu erwarten**

---

Im erläuternden Bericht zum Vorentwurf wird nicht erwähnt, dass die EU erstmals 2020 und danach alle 5 Jahre die Wirksamkeit der Waffenrichtlinie überprüfen wird – notabene explizit bezüglich eben der umstrittenen Feuerwaffenkategorien. Selbst wenn es sich beim vorliegenden Entwurf um eine «pragmatische Umsetzung» handeln würde, bleibt der Art. 17 der EU-Waffenrichtlinie bestehen.

Es muss also davon ausgegangen werden, dass diese Gesetzesrevision nur bis zum nächsten EU-Diktat Bestand hätte. Das darf nicht sein. Die Schweizer Schützen, Waffenbesitzer und Gewerbetreibenden müssen nun endlich Rechts- und Investitionssicherheit über einen vernünftigen Planungshorizont bekommen.

**Der Bundesrat muss dieser Spirale von immer neuen, fremddiktierten Verschärfungen endlich entkommen und darf somit die EU-Waffenrichtlinie für die Schweiz nicht weiter akzeptieren.**

---

## Schlussfolgerung

---

Insbesondere die vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen in den Art. 4, 5, 28c bis 28e sowie 31 können wir als unverhältnismässig und unbegründet nicht akzeptieren. Es gibt hier für uns auch keine konstruktiven Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Die formulierte Absicht, bisher bewilligungspflichtige Faust- und Handfeuerwaffen neu als ausnahmebewilligungspflichtige Waffentypen zu kategorisieren, nur weil ein Magazin mit einem bestimmten Fassungsvermögen eingeführt ist, können wir fachlich nicht herleiten. Verbesserungsvorschläge können auf so einem Fundament schlicht nicht fussen.

Die angestrebten Bedingungen für den Erwerb bzw. den Besitz solcher neu als verboten geltenden Waffen sind derart unpräzise formuliert, sodass zu erwarten ist, dass das eigentliche «Gesetz» erst auf dem Verordnungsweg und durch Klarheit schaffende Gerichtsentscheide zu erwarten ist. Damit wird das Prinzip der parlamentarischen Gesetzgebung unterwandert und der verfassungsmässige Schutz vor Willkür nicht garantiert. Dies können wir mit unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit nicht vereinbaren.

---

**Da keine der vorgeschlagenen Gesetzesanpassungen einen ersichtlichen Gewinn für die Bekämpfung des internationalen Terrors darstellt, gehen wir davon aus, dass unser aktuelles Waffengesetz den Ansprüchen bereits genügt. Der Notenaustausch ist somit zu genehmigen mit der Feststellung, dass keine Änderungen am aktuellen Waffengesetz notwendig sind.**

---

Wir hoffen, dass unsere Stellungnahme in den parlamentarischen Prozess Eingang findet und eine vernünftige Lösung gefunden wird. - Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Mit freundlichen Grüssen

**Schützenveteranen-Verband Kanton Schwyz**

Fredy Züger, Präsident